



Presseschau vom 15.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Paul-Ehrlich-Institut legt Bericht zu Nebenwirkungen nach BioNTech/Pfizer-Impfung vor**

Im neuen Bericht des Paul-Ehrlich-Instituts heißt es, dass sich noch "kein klares Bild" zwischen Fällen von Herzmuskelentzündungen und BioNTech-Impfungen ergebe. Es falle jedoch auf, dass vor allem junge Männer betroffen sind, die nicht die größte Impfgruppe ausmachen. ...

<https://kurz.rt.com/2jvy>

de.rt.com: **"Warum muss alles einstürzen?": Putin über Russland "nach Putin"**

In einem Interview mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin kam der Korrespondent des US-Senders NBC über die Risiken seiner langen Regierungszeit zu sprechen. Er war der Meinung, dass Russland nach Putins Abgang einen Einsturz erleiden könnte. ...

<https://kurz.rt.com/2jwc>

Rachel Marsden: **Warum betrachten Regierungen Nichtgeimpfte als Bedrohung?**

Es entsteht eine Zweiklassengesellschaft mit schwindenden Grundrechten für Nichtgeimpfte. Auch wenn die Behörden immer wieder betonen, die Corona-Impfung sei nicht zwingend – viel Glück beim Versuch, ein normales Leben ohne Impfung zu führen. ...

<https://kurz.rt.com/2juu>

de.rt.com: **Kreml gibt Details über geplante Verhandlungen zwischen Putin und Biden bekannt**

Der Assistent des russischen Präsidenten für außenpolitische Fragen gibt Details über die geplanten Verhandlungen zwischen Putin und Biden bekannt. Die Gespräche umfassen unter anderem die bilateralen Beziehungen, strategische Stabilität und Cybersicherheit. ...

<https://kurz.rt.com/2jw1>

Andrej Iwanowski: Luca-App: Ein Glücksritter von vielen auf der Corona-Welle

Die Luca-App war Anfang des Jahres als eine effektivere Alternative zu der von der Bundesregierung lobbyierten Corona-Warn-App präsentiert worden. Mittlerweile wird sie in den meisten Bundesländern angewendet – trotz eindeutiger Sicherheitslücken und zweifelhafter Effektivität. ...

<https://snanews.de/20210615/luca-app-corona-welle-2501192.html>

abends/nachts:

deu.belta.by: **Sikorski: Niemanden außer Belarus interessieren die Ermittlungsergebnisse zum Ryanair-Vorfall**

Kein Staat außer Belarus ist tatsächlich an den Ermittlungsergebnissen zum Ryanair-Vorfall interessiert. Das erklärte Artjom Skikorski, Leiter des Departements für Luftfahrt beim Ministerium für Transport und Kommunikationen, heute auf einer Pressekonferenz.

„Ohne auf die Zwischenergebnisse der von der UN-Zivilluftfahrtbehörde ICAO eingeleiteten Ermittlungen abzuwarten, war das ganze Europa, das sich für die Rechtsstaatlichkeit einsetzt, der Gesetzlosigkeit anheimgefallen. Es verletzte alle Luftrechtsnormen und sorgte in der Weltluftfahrt für Instabilität und Unberechenbarkeit, zwei wichtige Sicherheitsrisiken. Das Schlimmste ist, dass den meisten von ihnen immer noch nicht bewusst ist, was sie angerichtet haben. Deshalb sehen wir heute, dass die Ermittlungsergebnisse zu diesem Vorfall niemanden außer Belarus tatsächlich interessieren.“

Wie vorher berichtet, war der Flug FR4978 der irischen Ryanair Fluggesellschaft am 23. Mai über eine angeblich an Bord der Maschine deponierte Bombe alarmiert worden. Der Flug FR4978 meldete einen Squawk von 7700, der in der Luftfahrt für einen allgemeinen Notfall steht.

Die Piloten der Boeing 737 haben beschlossen, im Nationalen Flughafen Minsk notzulanden. Die Landung erfolgte um 13:15 erfolgreich. Das Flugzeug und das Gepäck der Passagiere wurde von speziellen Diensten untersucht. Die Bombe wurde nicht gefunden. Um 20.48 Uhr hob die Maschine in Richtung Vilnius ab.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1623680592_57526_big.jpg

de.rt.com: **Putin zum angeblichen Mordbefehl gegen Nawalny: "Haben nicht die Angewohnheit, jemanden zu töten"**

Ein Korrespondent des US-Senders NBC hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem Vorwurf konfrontiert, Oppositionelle wie Alexei Nawalny zu beseitigen. Das war nur eine der "unbequemen" Fragen im kontrovers geführten TV-Interview. Wladimir Putin konterte.

Putin zum angeblichen Mordbefehl gegen Nawalny: "Haben nicht die Angewohnheit, jemanden zu töten"

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat im Vorfeld seines für den 16. Juni in der Schweiz geplanten Treffens mit US-Präsident Joe Biden dem US-Fernsehsender NBC ein Exklusivinterview gegeben. NBC-Korrespondent Keir Simmons behauptete in dem kontrovers geführten Gespräch, dass Putin Angst vor Opposition habe und wollte wissen, ob er einen Mordbefehl gegen Nawalny erteilt hat. Der russische Staatschef wies den Vorwurf kategorisch zurück:

"Natürlich nicht. Wir haben nicht die Angewohnheit, jemanden zu töten."

An dieser Stelle fragte Putin den Journalisten zurück – ob er die Tötung einer Frau angeordnet habe, die im US-Kongress von einem Polizeibeamten erschossen wurde. "Und wissen Sie, dass bei Ihnen 450 Personen nach dem Betreten des Kongresses verhaftet wurden? Und sie kamen nicht, um dort einen Computer zu stehlen, sie kamen mit politischen Forderungen."

Das war nicht die einzige Frage im Gespräch, bei der Mordvorwürfe gegen Putin zum Thema wurden. So hakte Simmons im Verlauf des Gesprächs weiter nach und erwähnte einige getötete oder unter verdächtigen Umständen ums Leben gekommene Persönlichkeiten wie Anna Politkowskaja, Alexander Litwinenko, Sergei Magnitski, Boris Nemzow und Michail Lessin. "Das sind Ihre Opfer", warf er Putin vor.

Putin bezeichnete solche Anschuldigungen als "verbale Verdauungsstörungen". Diese Menschen seien in verschiedenen Jahren, aus verschiedenen Gründen und von verschiedenen Tätern getötet worden.

"Sie haben Lessin erwähnt. Er hat bei mir in der Verwaltung gearbeitet, ich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu ihm. Er kam in den USA ums Leben. Ob er gestorben ist oder getötet wurde – ich weiß es nicht, aber wir müssen Sie fragen, wie er dort gestorben ist. Für mich war es sehr bedauerlich, von seinem Tod zu hören", so Putin.

Der Präsident ging auch auf die anderen erwähnte Mordfälle kurz ein und sagte, dass in einigen Fällen die Täter schon gefasst seien und im Gefängnis säßen. Es sei aber "sinnlos" und "inkorrekt", alles in einen Topf zu werfen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c7795f48fbef785742c8dd.jpg>

de.rt.com: **NATO-Gipfel 2021 – China und Russland sind die neuen Feinde**

Die Staats- und Regierungschefs der NATO treffen sich heute in Brüssel zum NATO-Gipfel

2021. Ziel ist es, eine Strategie für das kommende Jahrzehnt festzulegen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Finanzierung, der Klimawandel, Afghanistan und vor allem der Aufstieg Chinas und Russlands.

Am Rande des G7-Gipfels im englischen Cornwall und während US-Präsident Joe Biden beteuert, die USA seien "wieder da", empfängt NATO-Chef Jens Stoltenberg Biden heute in Brüssel zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt im Januar im NATO-Hauptquartier.

Biden hat versucht, die Beziehungen zu den NATO-Mitgliedern zu festigen, nachdem sein Vorgänger, der ehemalige US-Präsident Donald Trump, eine härtere Gangart gegenüber der Organisation eingeschlagen hat, indem er vor allem von den Mitgliedsstaaten höhere finanzielle Beiträge als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts forderte. Aber auch andere Themen, die die Organisation für das kommende Jahrzehnt als wichtig erachtet, stehen heute zur Diskussion.

China und Russland

Einem hochrangigen Diplomaten zufolge "wird das Treffen den Ton für das kommende Jahrzehnt angeben". Auf der Tagesordnung des Treffens stehen Themen, die die NATO als entscheidend ansieht, wie der Klimawandel, die Finanzierung und die oberste Priorität für die Organisation: die Eindämmung von China und Russland. In der offiziellen Agenda des NATO-Gipfels 2021 heißt es:

"Wenn es um die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung geht, teilen Länder wie Russland und China die Werte des Bündnisses nicht. Sie stehen an vorderster Front eines Widerstands gegen diese Ordnung. Dies hat Auswirkungen auf die Sicherheit, die Werte und die demokratische Lebensweise der Länder des Bündnisses."

In der Erklärung definiert die NATO jedoch nirgends, was sie unter einer "regelbasierten internationalen Ordnung" oder "gemeinsamen Bündniswerten" versteht. Im Vorfeld des Gipfels sagte Stoltenberg:

"Wir wissen, dass China unsere Werte nicht teilt, wir müssen als Bündnis darauf reagieren. China kommt immer näher an uns heran. Wir sehen sie im Cyberspace, wir sehen China in Afrika, aber wir sehen auch, dass China stark in unsere eigene kritische Infrastruktur investiert."

Diplomaten sagten der Nachrichtenagentur Reuters, dass das Abschlusskommuniqué China nicht als Gegner bezeichnen würde. Es würde jedoch Besorgnis zeigen und eine "systemische" Herausforderung für die atlantische Sicherheit beschreiben, da es sich Russland mit militärischen Übungen anschließt, Cyberangriffe startet und schnell seine Marine aufbaut. Stoltenberg sagte, dass die NATO-Führer auch den "zweigleisigen Ansatz" der Allianz gegenüber Russland bekräftigen wollen, der militärische Abschreckung, einschließlich der Stationierung von Truppen der Allianz in den baltischen Staaten und Polen, und Dialog beinhaltet.

Er sagte der Times Radio am Sonntag, dass die Beziehungen zwischen der NATO und Moskau nun auf dem "tiefsten Punkt seit dem Ende des Kalten Krieges" seien. Stoltenberg betonte:

"Wir sehen die Bereitschaft, militärische Gewalt gegen Nachbarn einzusetzen; die Ukraine, Georgien. Aber wir sehen auch Cyberangriffe. Wir sehen Versuche, sich in unsere politischen demokratischen Prozesse einzumischen, das Vertrauen in unsere Institutionen zu untergraben und Bemühungen, uns zu spalten."

In einem Interview mit dem russischen Sender Rossiya 24 hat der russische Präsident Wladimir Putin letzte Woche gesagt, dass die westlichen Länder bei der Erweiterung der NATO die russischen Interessen völlig ignoriert hätten. Putin erklärte weiter:

"Was die Erweiterung der NATO und das Vorrücken der NATO-Infrastruktur in Richtung der Grenzen Russlands betrifft, so ist dies eine Angelegenheit von höchster Bedeutung, was die Sicherheit der Russen und Russlands angeht."

Finanzierung

Die Koalition hat vor sieben Jahren auf dem Gipfel in Wales beschlossen, dass jedes Land bis 2024 möglichst zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben soll. Das Ziel ist angesichts der vielen mutmaßlichen neuen Bedrohungen bereits überholt, und die Verteidigungsausgaben müssten eigentlich viel höher sein, behaupten Experten.

Klimawandel

Laut der Agenda für das Jahr 2021 wird der Klimawandel für die NATO eine der wichtigsten Prioritäten für die Zukunft sein. In der Agenda heißt es:

"Die NATO hat den Klimawandel seit vielen Jahren als sicherheitspolitische Herausforderung erkannt. In der Sahelzone hat die Dürre Konflikte angeheizt, die Migration vorangetrieben und dazu beigetragen, die Bedingungen für den Terrorismus zu schaffen. In der Arktis könnte das schmelzende Eis zu neuen geopolitischen Spannungen führen."

Aber laut einem Bericht der US-Online-Nachrichtenseite Quartz vom Juni 2019 hat das größte NATO-Mitglied, die Vereinigten Staaten, ein Militär, das allein ein größerer Umweltverschmutzer ist als 100 Länder zusammen. In dem Bericht heißt es:

"Die Bilanzierung von Treibhausgasemissionen konzentriert sich normalerweise darauf, wie viel Energie und Treibstoff Zivilisten verbrauchen. Aber neuere Arbeiten, einschließlich unserer eigenen, zeigen, dass das US-Militär einer der größten Umweltverschmutzer in der Menschheitsgeschichte ist, der mehr flüssige Brennstoffe verbraucht und mehr klimawirksame Gase ausstößt als die meisten mittelgroßen Länder. Wäre das US-Militär ein Land, würde es allein wegen seines Treibstoffverbrauchs an 47. Stelle der größten Treibhausgasemittenten der Welt stehen, zwischen Peru und Portugal."

Afghanistan

Die NATO plant, sich bis spätestens zum 11. September vollständig aus Afghanistan zurückzuziehen. Ein neuer Bericht in der US-Militärzeitung Stars and Stripes besagt jedoch, dass das Pentagon versucht, Truppen aus Afghanistan heraus und in umliegende Nationen zu verlegen.

Dem Bericht zufolge will das Pentagon Anti-Terror-Kräfte in die Nachbarländer Afghanistans verlegen, um die terroristischen Aktivitäten in diesem Land zu überwachen, nachdem die US-Truppen ihre zwei Jahrzehnte lange Besatzung dort beendet haben.

Allerdings haben laut US-Verteidigungsminister Lloyd Austin Pentagon-Beamte noch keine Vereinbarungen getroffen, um US-Truppen in der Nähe von Afghanistan nach dem laufenden Rückzug zu platzieren.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c749a048fbef613b432a01.jpg>

snanews.de: „Nord Stream 2 stoppen“ und „Zivilgesellschaft unterstützen“ - Russland im Visier der Grünen

Russland gerät zunehmend in den Fokus grüner Außenpolitik. Die Partei will die „Demokratiebewegung“ in Russland im Kampf gegen „Repressionen“ des Kremls

„unterstützen“. Das geht aus ihrem Bundeswahlprogramm hervor, das am Wochenende verabschiedet wurde. Die Grünen wollen sogar das Erdgas-Projekt Nord Stream 2 stoppen. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 sei nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch geostrategisch schädlich – insbesondere für die Situation der Ukraine. So heißt es in dem neuen Programm zur Bundestagswahl 2021 unter dem Titel „Deutschland. Alles ist drin“, das am Wochenende von den Delegierten verabschiedet wurde. Daher müsse das Projekt gestoppt werden.

Für eine Lockerung der EU-Sanktionen gegen Moskau wollen die Grünen sich an den „klaren Bedingungen“ der EU halten: „Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen aus dem Minsker Abkommen umsetzt“, so die Partei.

Umgang mit der Russischen Föderation

Der Ton der Grünen gegenüber Russland wird rauer. Während im alten Programm aus dem Jahr 2017 Moskau „nur“ eine „aggressive Großmachtspolitik“ vorgeworfen wurde, so heißt es im neuen Programm. Russland habe sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt und untergrabe immer offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft. Dazu heißt es:

„Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den Austausch mit ihr intensivieren.“

Um ein „effektives und starkes System kollektiver Sicherheit“ in ganz Europa zu schaffen, wollen die Grünen den Europarat und die OSZE stärken und alle europäischen Staaten einbinden. „Es bleibt unser Ziel, die östlichen Nachbarn Europas auf der Basis gemeinsamer Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade angesichts der nationalistischen, und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist“, lautet die Kritik an der russischen Außen- und Sicherheitspolitik.

„Weltweiter Menschenrechtsschutz“ mit den USA

Insgesamt ist zu beobachten, dass Russland eine zunehmend wichtigere Rolle in der Grünen-Außenpolitik spielt. Während das Wort Russland im neuen Programm ganze neun Mal in verschiedenen Kontexten auftaucht, so wurde das Land im Programm von 2017 drei Mal erwähnt.

Auch in dem Programmteil, der den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten gewidmet ist, wird der Umgang mit Russland als besondere Herausforderung beschrieben: Gemeinsam mit Washington wollen sich die Grünen demnach für den „weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung“ einsetzen. Das schließt eine „Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten“ wie China und Russland mit ein.

Der sicherheitspolitische Fokus der USA würde sich auch mit der neuen US-Regierung zunächst nicht in erster Linie auf Europa richten. So müssten EU und ihre Mitgliedstaaten selbst mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. „Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens“, heißt es im Wahlprogramm.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/07/421203_0:300:3012:1994_1440x0_80_0_0_1ef36c44ed5bd32ebd107650537588ee.jpg

de.rt.com: Iran: Haben Einigung mit den USA über Aufhebung der Trump-Sanktionen erzielt

In wenigen Tagen soll im Iran ein neuer Präsident gewählt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird ein Hardliner zum neuen Präsidenten. Die westlichen Staaten scheinen bemüht zu sein, das iranische Atomabkommen noch vor der Wahl wiederzubeleben.

Das iranische Außenministerium hat erklärt, dass das Land endlich eine Einigung mit den USA hinsichtlich der gegen den Iran während der Regierungszeit Trumps verhängten Sanktionen erzielt habe. Somit sollen alle Sanktionen aufgehoben werden, die unter Trump gegen die iranische Wirtschaft, einschließlich des Industriesektors, verhängt wurden. Ein Durchbruch in Wien wird die lang erwartete Erleichterung für den iranischen Ölsektor bringen, der aufgrund der US-Sanktionen offiziell vom globalen Energiemarkt abgeschnitten ist. Said Chatibsadeh, der Sprecher des iranischen Außenministeriums, erklärte:

"Einige winzige technische, politische, rechtliche und praktische Fragen bleiben. Keine Aufgabe war für die Unterhändler unmöglich, und es gibt keine Sackgasse."

Die Trump-Regierung hatte strenge Sanktionen gegen bestimmte iranische Wirtschaftsbereiche eingeführt. Ziel war es, den iranischen Ölhandel als Teil ihrer "Maximaldruck-Kampagne" einzudämmen, um die nuklearen Ambitionen des Landes zu beschneiden. Washington drohte jedem Land, das Rohöl aus dem Iran kauft, mit Sekundärsanktionen.

Neben dem Verbot von Rohölexporten umfassten die US-Sanktionen auch Beschränkungen für die iranische Petrochemieindustrie, die Schifffahrt, das Versicherungswesen, das Bankwesen, die Automobilherstellung und den Bausektor sowie ein Verbot von Dollar-Transaktionen. Darüber hinaus hatten die USA individuelle Sanktionen gegen Teheraner Beamte verhängt. Diese wurden bereits letzte Woche aufgehoben.

Das bahnbrechende Abkommen soll dazu führen, dass die Sanktionen, die einst tagtäglich über zwei Millionen Barrel iranischen Rohöls von den internationalen Märkten fernhielten, fallen gelassen werden. Die Erdölproduktion des Landes sank aufgrund der Sanktionen auf unter zwei Millionen Barrel Erdöl am Tag. Das ist der niedrigste Stand seit Beginn des Iran-Irak-Krieges 1980.

Die beiden Seiten sind immer noch in Gesprächen, um das Atomabkommen von 2015 wiederzubeleben. Dieses zielte darauf ab, die verbleibenden Sanktionen gegen den Iran aufzuheben im Austausch dafür, dass der Iran sein Atomprogramm drosselt.

Das Abkommen war vor sechs Jahren vom Iran, China, Frankreich, Deutschland, Russland, Großbritannien und den USA unterzeichnet worden, aber unter der Trump-Regierung zogen sich die USA einseitig aus dem Abkommen zurück. Teheran reagierte, indem es seine Verpflichtungen aus dem Abkommen nicht einhielt und unter anderem Uran anreicherte.

Chatibadeh warnte, dass den Weltmächten "sehr wenig Zeit" bleibe, um das Atomabkommen wiederzubeleben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c773b148fbef78562a040e.JPG>

de.rt.com: **Putin dementiert Bericht über Lieferung von Kanopus-V-Satellit an Iran**

Kurz vor dem anstehenden Gipfeltreffen zwischen Putin und Biden behauptet die Washington Post, Russland wolle Iran mit einem Satellitensystem ausstatten. Dieses würde Teheran eine beispiellose Möglichkeit geben, militärische Ziele im Nahen Osten zu überwachen. Putin hat den Bericht inzwischen zurückgewiesen.

Am Donnerstag hatte die Washington Post unter Berufung auf US-Sicherheitsbeamte berichtet, Moskau habe geplant, Iran mit einem in Russland hergestellten Satellitensystem zu beliefern. Die Nachricht kommt zu einem Zeitpunkt, an dem ein Gipfeltreffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Joe Biden bevorsteht. Die Washington Post behauptet, Russland bereite sich darauf vor, Iran mit dem fortschrittlichen Satellitensystem Kanopus-V auszustatten, das Teheran eine beispiellose Möglichkeit geben werde, potenzielle militärische Ziele im gesamten Nahen Osten und auch darüber hinaus zu überwachen. Im Rahmen der Vereinbarung soll der neue Satellit Irans von Russland aus gestartet werden.

"Laut der Vereinbarung würde den Iranern ein in Russland hergestellter Kanopus-V-Satellit geliefert werden, der mit einer hochauflösenden Kamera ausgestattet ist, die die Spionagefähigkeiten Irans erheblich verbessern und eine kontinuierliche Überwachung von Einrichtungen – und zwar von Ölraffinerien am Persischen Golf über israelische Militärstützpunkte bis hin zu US-Stützpunkten im Irak – ermöglichen würde."

Die Führer der Iranischen Revolutionsgarde hätten seit 2018 mehrere Reisen nach Russland unternommen, um an den Verhandlungen über die Bedingungen des Abkommens teilzunehmen. Erst in diesem Frühjahr seien russische Experten nach Iran gereist, um Bodenpersonal auszubilden, das den Satelliten von einer neu gebauten Anlage in der Nähe der Stadt Karadsch aus bedienen würde, so die Washington Post.

Putin hat in einem am Wochenende veröffentlichten Interview mit dem US-Sender NBC News den Bericht als "Fake News" abgetan.

"Es sind nur Fake News. Zumindest weiß ich nichts über so etwas. Diejenigen, die darüber sprechen, werden wahrscheinlich mehr (als ich) darüber wissen. Es ist einfach Unsinn, Müll." Iran schickte letztes Jahr nach eigenen Angaben erstmals einen Militärsatelliten, "Nur-1", ins All. Die USA und Israel sehen das iranische Satellitenprogramm allgemein kritisch, weil sie befürchten, dass Iran die Raumfahrttechnik zum Bau militärischer Langstreckenraketen nutzen könnte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c72b4548fbef4732067214.jpg>

snews.de: **Biden sichert US-Unterstützung für Sicherheit des Baltikums zu**

US-Präsident Joe Biden hat den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen Unterstützung für die Sicherheit der Region zugesagt.

Am Rande des Nato-Gipfels in Brüssel traf Biden am Montag Estlands Regierungschefin Kaja Kallas, Lettlands Staatspräsident Egils Levits und Litauens Präsident Gitanas Nauseda, wie das Weiße Haus mitteilte. Biden habe die starke Unterstützung der USA für die Sicherheit des gesamten Baltikums unterstrichen. Die vier Staats- und Regierungschefs hätten eine Vertiefung ihrer Partnerschaften vereinbart sowie eine Kooperation innerhalb der Nato, um den Herausforderungen durch Russland und China zu begegnen.

Die drei baltischen Staaten hatten vor dem Nato-Gipfel in einer gemeinsamen Erklärung die Bedeutung einer anhaltenden militärischen Nato-Präsenz in ihrer Region betont.

„Wir erwarten, dass der Gipfel die Bedrohung durch Russland klar und deutlich bewertet und die Reaktion der Nato weiter anpasst“, hieß es darin.

„Russland versucht, die Nato zu destabilisieren und die Sicherheit der Nato-Verbündeten und -Partner zu untergraben.“



https://cdn.snews.de/img/07e5/06/07/2411056_0:0:2958:1665_1440x0_80_0_0_562b1a2deac5596c40bb8cc784e999ad.jpg

snews.de: **Merkel unterstützt ausdrücklich Zwei-Prozent-Ziel der Nato**

Laut Bundeskanzlerin Angela Merkel kann die Nato ihre Verteidigungsfunktion nur dann vollziehen, wenn alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag leisten. Dazu gehört das Zwei-Prozent-Ziel.

„Die Nato kann als wichtiges und einzigartiges Bündnis nur funktionieren, wenn wir uns auf

unsere gemeinsamen Werte besinnen und jeder seinen Beitrag leistet – dazu gehört natürlich auch das Zwei-Prozent-Ziel“, sagte Merkel am Montag nach dem Nato-Gipfel in Brüssel. Berlin kann dies ihr zufolge „in Richtung 2030“ erreichen.

Angesichts der veränderten Sicherheitslage in der Welt befürwortete die Kanzlerin das neue Strategiekonzept der Nato, das nächstes Jahr in Spanien verabschiedet werden soll. Mit der veränderten Sicherheitslage sei unter anderem die Einschätzung der Nato durch Russland als Gegner gemeint. Das Nato-Konzept 2030 werde allerdings für mehr politische Gespräche stehen, so Merkel abschließend.

Rekordausgaben für die Nato

Die Nato-Länder hatten sich 2014 bei ihrem Gipfel in Wales darauf verständigt, bis 2024 das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen.

Anfang Februar hatte Deutschland erneut seine Verteidigungsausgaben innerhalb des Nato-Bündnisses erhöht. So soll die Bundesregierung für 2021 einen Betrag von 53,03 Milliarden Euro an die Brüsseler Bündniszentrale überwiesen haben. Dies entspricht einem Plus von 1,64 Milliarden Euro (3,2 Prozent) im Vergleich zu 2020. 2014 waren es noch 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Der frühere US-Präsident Donald Trump hatte Berlin zuvor wegen seines vergleichsweise niedrigen Anteils der Ausgaben am Staatsetat oft attackiert.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/08/2424300_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_fa3d5ad4efaa0cb7f68dde3ac97e26ca.jpg

vormittags:

de.rt.com: Westen besorgt: China beschließt Antisanktionsgesetz

Zuletzt haben westliche Staaten, angetrieben von den USA, zunehmend Sanktionen gegen China beschlossen. Während Peking bereits mit Gegensanktionen reagiert hatte, beschloss es nun ein Gesetzespaket, um wirksamer auf die westlichen Sanktionen zu antworten.

Chinas oberstes Parlamentsgremium, der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, hat Ende letzter Woche ein gegen westliche Sanktionen gerichtetes Gesetz beschlossen, um, wie es die Zeitung der Kommunistischen Partei nannte, "die Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen des Landes besser zu schützen". Der chinesische Präsident Xi Jinping habe das Gesetz bereits unterzeichnet. Es tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Li Zhansu, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses, der zwischen Vollsitzungen des Nationalen Volkskongresses Chinas oberste legislative Gremium darstellt, nannte das Gesetz einen "wichtigen Schritt, um die Xi-Jinping-Gedanken über Rechtsstaatlichkeit und Diplomatie" umzusetzen. Er erklärte:

"China hat stets eine unabhängige Außenpolitik des Friedens verfolgt und ist verpflichtet, den

gegenseitigen Nutzen und das gemeinsame Wachstum mit anderen Ländern zu verfolgen. Aber wir werden niemals unsere legitimen Rechte und Interessen aufgeben. Niemand sollte von China erwarten, dass es irgendeine Handlung akzeptieren wird, die seinen eigenen Interessen schaden."

Die chinesische Regierung widersetzte sich entschlossen allen Sanktionen und Einmischungsversuchen. Li rief zudem dazu auf, die Verabschiedung anderer außenpolitischer Gesetze zu beschleunigen, um Chinas Souveränität und Entwicklungsinteressen besser zu schützen.

Die Kommission für legislative Angelegenheiten des Ständigen Ausschusses gab als Ursache für die relativ kurzfristige Erarbeitung und Verabschiedung des Gesetzes die "dringende Notwendigkeit, die Hegemonie- und Machtpolitik einiger westlicher Staaten" abzuwehren. Zugleich betonte die Kommission, dass das Gesetz keine Abkehr von Chinas Kurs der Öffnung darstelle. Die Entschlossenheit Chinas, seine Reformen zu vertiefen und sich gegenüber der Welt weiter zu öffnen, sei ebenso "unerschütterlich" wie seine Entschlossenheit, seine Souveränität und Interessen zu verteidigen.

Das neue Gesetz sieht vor, dass der chinesische Staatsrat beschließen kann, ausländische Personen oder Organisationen auf eine Sanktionsliste zu setzen, wenn festgestellt wird, dass diese gegen das Völkerrecht und die grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen verstoßen oder unter Berufung auf eigene nationale Gesetze gehandelt haben, um China einzudämmen oder zu unterdrücken. Zudem wird vorgesehen, Versuche zu sanktionieren, diskriminierende und einschränkende Maßnahmen gegen chinesische Bürger oder Organisationen einzuführen sowie sich in Chinas innere Angelegenheiten einzumischen. Als mögliche Strafmaßnahmen sieht das Gesetz die Ablehnung oder den Entzug von Visen, Einreiseverbote sowie die Ausweisung aus China vor.

Die Europäische Union hatte bereits im Jahr 1996 angesichts eines drohenden Handelskonfliktes mit den Vereinigten Staaten ein ähnliches Maßnahmenpaket beschlossen. Damals ging es unter anderem um mögliche extraterritoriale US-Sanktionen gegen Kuba, die auch EU-Unternehmen getroffen hätten. Das russische Parlament hatte im Juni 2018 ein Antisanktionsgesetz beschlossen.

In den letzten Jahren hatten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union eine Reihe von Sanktionen gegen chinesische Beamte und Firmen beschlossen.

Westliche Medien reagierten verängstigt auf den plötzlichen Schritt Pekings. So titelte etwa die Süddeutsche Zeitung, dass Peking mit dem Gesetz seine Macht demonstrierte, und erklärte:

"Die meisten ausländischen Firmen in China können noch gar nicht richtig fassen, was gerade passiert ist. Wie gefährlich das Gesetz einmal für sie werden kann."

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung gestand zwar, dass das Gesetz eine Reaktion auf die immer häufigeren US-Sanktionen sei, warf aber zugleich Präsident Xi eine "konfrontative Außenpolitik" vor.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c7451f48fbef4732067247.jpeg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 14. Juni 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der Bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

deu.belta.by: **Die ganze Wahrheit über den Ryanair-Flug Vilnius-Athen. Pressekonferenz des Außenministeriums**

Zur Veranstaltung wurden die Leiter der Luftfahrtabteilung des Ministeriums für Transport und Kommunikation, des Ermittlungskomitees, des Verteidigungsministeriums, des Komitees für Grenzschutz und andere Referenten eingeladen.

Die Hauptthemen waren unter anderem die Situation rund um den Vorfall mit dem Ryanair-Flug von Athen nach Vilnius und der Fall Roman Protassewitsch.

EK bittet um rechtliche Hilfe

Das Ermittlungskomitee (EK) der Republik Belarus bereitet internationale Rechtshilfeersuchen über den Vorfall mit dem Ryanair-Flug vor, sagte der EK-Vorsitzende Dmitri Gora vor Journalisten.

„Wir sind wahrscheinlich am meisten daran interessiert, die Wahrheit festzustellen. Ganz konkret heißt es, dass man jene Personen ausfindig machen sollte, die die Bombendrohung per Email versandt haben und daran interessiert waren, was später passiert war. Die Nachricht kam über den Email-Dienst ProtonMail, dessen Server in der Schweiz liegt. Eine entsprechende internationale Zusammenarbeit in dieser Frage wäre daher sehr zu begrüßen gewesen. Leider lässt eine solche Zusammenarbeit sehr zu wünschen übrig“, sagte Gora. Das Komitee hat die Schweiz bereits im Januar 2020 um Hilfe gebeten, als es im Herbst 2019 Ermittlungen nach falschen Bombendrohungen gegen die belarussische Infrastruktur eingeleitet hat. Die Mails kamen damals ebenfalls über den Dienst ProtonMail. Die Schweiz zögert seit anderthalb Jahren mit der Antwort. Die Ermittler hoffen, dass im Fall Ryanair alles viel anders sein wird.

Kein Militärjet hat den Ryanair-Flug abgefangen

Der Kommandeur der Fliegerstreitkräfte und der Luftabwehr der belarussischen Armee, Major Igor Golub, versicherte die Journalisten, dass niemand den Ryanair-Flug abgefangen hat.

„Aus der objektiven Radarkontrolle kann man schlussfolgern, dass die Ryanair-Maschine weder abgefangen, noch an der Staatsgrenze umgeleitet noch zur Notlandung gezwungen wurde. Wer sich ein objektives Bild von der Ereignissen vom 23. Mai erhalten wollte, konnte das mehrmals tun. Aus vertrauenswürdigen Quellen wissen wir, dass unsere Kollegen in der NATO in ihren geschlossenen Medien diese Tatsache akzeptiert haben“, sagte Igor Golub. Wir haben die Flugroute der Ryanair-Maschine im belarussischen Luftraum, die Anweisungen des Fluglotsen und die Anflugmuster am Flughafen Vilnius sorgfältig untersucht. Die lange Funkstille des Flugzeugkommandanten (ca. 12-14 Minuten) während des geradlinigen Fluges durch das Territorium von Belarus (von Süden nach Norden) sowie sein Verhalten nach der Landung auf dem Flughafen Vilnius und sein Schweigen in den Medien sind bis heute unverständlich. Wir haben seinen Kommentar zum 23. Mai bis heute nicht gehört, mit Ausnahme einer Aussage gegenüber dem Polizeivertreter in Vilnius. Aber dieser Kommentar ist aus allen Quellen entfernt worden“, betonte der Kommandeur der Luftstreitkräfte und der Luftabwehr.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1623738379_57527_big.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 14. Juni 3:00 Uhr bis 15. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Shabunki, Leninskoje, Sosnowskoje, Ukrainskoje.**

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 67.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Özdemir mahnt "Wertegemeinschaft" der NATO: Putin setzt auf "Eskalation" und "Terrorismus"

Der Grünen-Politiker Cem Özdemir hat im deutschen Fernsehen verbal gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgeholt. Bei der NATO handelt es sich nach Einschätzung Özdemirs um eine "Wertegemeinschaft". Wohingegen Russland "Terrorismus" exportiere. Ohnehin setze Putin auf "Eskalation".

Der außenpolitische Experte der Partei Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, ließ erneut kein gutes Haar am russischen Präsidenten Wladimir Putin

Dem Grünen-Politiker Cem Özdemir werden seit geraumer Zeit Ambitionen auf das Amt des Außenministers innerhalb einer neuen deutschen Regierung nachgesagt. Nachdem die Kanzlerkandidatin seiner Partei, Annalena Baerbock, zuletzt ein ums andere Mal über Angaben in ihrem Lebenslauf stolperte, ihre Nebeneinkünfte zu spät meldete und dies bei der Öffentlichkeit auf wenig Verständnis stieß, zeigte sich Özdemir davon überzeugt, dass Baerbock ein Opfer sei.

Nach Ansicht des Politikers hätten "Putin" und der türkische Recep Tayyip Erdoğan eine "Schmutzkampagne" gegen die 40-Jährige losgetreten.

"Annalena und wir werden nicht mehr nur national, sondern auch durch Putin und seine Geheimdienste sowie durch türkische Aktivisten angegriffen, die im Internet Schmutzkampagnen gegen sie und uns Grüne fahren."

Die Begründung für die nicht belegte Mutmaßung lautete, dass die Grünen wohl nicht "Wunschpartner" Russlands und der Türkei seien. Die beiden Staatsmänner würden laut Özdemir "sicher nicht die Grünen wählen".

Nun legte der Abgeordnete nach, um "klare Kante" gegen Putin zu zeigen. Gestärkt mag er sich dabei durch seine Zuversicht fühlen, dass die NATO-Staaten nun wieder stärker zusammenrückten. In der ntv-Sendung Frühstart erklärte er: "Die NATO ist zurück und sie lebt."

Gleichzeitig bediente der Grünen-Politiker erneut das Narrativ des gefährlichen und aggressiven Russlands – worin sich die NATO-Staaten laut offiziellen Verlautbarungen durchaus einig sind. Ohne weitere Details zu nennen, erklärte Özdemir:

"Die Nachbarn in Osteuropa sind sehr besorgt über das, was Putin macht."

Der ehemalige Bundesvorsitzende der Grünen wusste zudem davon zu berichten, dass es sich bei der NATO um eine "Wertegemeinschaft" handle, die sich als Militärbündnis für "Demokratie" einsetze.

"Jetzt geht es darum, dass die NATO deutlich macht, dass sie eine Wertegemeinschaft ist und für Demokratie steht. Da gibt es einiges zu tun."

Nun sei es an der "Wertegemeinschaft" NATO, Russland klare Grenzen aufzuzeigen, denn "Putin" setze nicht auf Diplomatie, sondern auf "Eskalation" und "Terrorisierung".

"Putin setzt auf Eskalation und auf Grenzverschiebung. Wir müssen Putin klarmachen: Im 21. Jahrhundert löst man seine Probleme, indem man darüber redet, und nicht, indem man seine Nachbarländer terrorisiert und überfällt – oder gar Terrorismus exportiert, indem man hier Leute liquidiert."

All das, so Özdemir, sei schlicht "nicht akzeptabel".

In Sachen anberaumtes Gipfeltreffen zwischen Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Joe Biden gab sich Özdemir nüchtern. Von dem Treffen erwarte er keine substantiellen Ergebnisse, wusste der Grünen-Außenpolitiker zu berichten. Erneut bemühte Özdemir die mutmaßlichen "Werte" der transatlantischen Gemeinschaft. Es sei wichtig, so der Absolvent (2001) des Young-Leaders-Programms des American Council on Germany, dass man es ernst meine "mit den Werten und mit den Grenzen – zum Beispiel durch den Einsatz von Sanktionen".

Doch damit nicht genug. So unterstellte Özdemir laut ntv gerade in Deutschland "vielen ein sehr naives Bild" des russischen Präsidenten. Gegenüber "autoritären Herrschern" seien Nettigkeiten unangebracht.

"Die glauben, wenn man nett ist zu autoritären Herrschern, dann sind die nett zu uns. Das ist aber eine völlig weltfremde Haltung."

Dies gelte insbesondere gegenüber Staatenlenkern vom Kaliber eines Putin, Erdoğan, aber auch gegenüber dem ungarischen Präsidenten Viktor Orbán.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c73e81b480cc3bad596f71.jpg>

rusvesna.su: **Sjuganow sprach am Vorabend der Wahlen zur Staatsduma von "großer Gefahr"**

Der Vorsitzende des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjuganow, warnte am Vorabend des Wahlkampfes für die Wahlen zur Staatsduma vor einer "eine sehr großen Gefahr".

In einem Interview mit Kommersant stellte Sjuganow auf die Frage, wie sich die bevorstehenden Wahlen von den vorherigen unterscheiden werden, fest, dass sich die Situation im Land seitdem geändert habe, daher unterschieden sich die Wahlen selbst grundlegend von den vorherigen.

„Unser Land und der gesamte Planet werden von einer systemischen Krise erfasst. Die Coronavirus-Pandemie hat zu ihrer Verschlimmerung beigetragen, aber darum geht es nicht. Es liegt an der Verschlechterung des öffentlichen Verwaltungssystems, die sowohl in unserem Land als auch im Westen zu beobachten ist“, sagte er.

Auch die ungerechte Verteilung des nationalen Reichtums und die ständige Zunahme der Ungleichheit, die "eine unvermeidliche Folge des neoliberalen Kapitalismus" seien, seien seiner Meinung nach zu beachten.

„In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts endeten zwei ähnliche Krisen in Weltkriegen. Und heute stehen wir wieder kurz vor einer sehr großen Gefahr“, sagte Sjuganow.

Laut dem kommunistischen Führer gibt es nur zwei Möglichkeiten, Probleme dieser Größenordnung zu lösen. Dies könne entweder durch faire Wahlen erreicht werden, die den wahren Willen der Gesellschaft widerspiegeln, anstatt ihn zu verfälschen, oder durch "Gewehr und Kopfsteinpflaster".

„Meiner Meinung nach steht die Welt jetzt an einer politischen Gabelung: entweder dem Weg der sozialistischen Transformation folgen oder sich in Richtung Faschisierung bewegen“, sagte Sjuganow.

Wie der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation feststellte, basierte die Entwicklung des Landes früher auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit. "Aber wir wurden alle ausgeraubt: Die wichtigsten Ressourcen des Landes gehören einer kleinen Gruppe von Menschen, die neun Zehntel unserer Ressourcen in ihren Händen konzentriert haben", sagte der Politiker.

Ohne diese Ressourcen, betonte Sjuganow, können weder die Regierung noch die Gesellschaft damit rechnen, eine der führenden Volkswirtschaften der Welt zu werden und einen technologischen Durchbruch zu erzielen sowie die Massenarmut zu überwinden und eine demografische Katastrophe zu verhindern.

Die Wahlen zur Staatsduma sollen am 19. September an einem einzigen Wahltag stattfinden.

Laut der WZIOM-Umfrage vom 6. Juni wird die Kommunistische Partei der Russischen Föderation von 12,7% der Befragten unterstützt (sie beantworteten die Frage, welche Partei sie bei den Wahlen am kommenden Sonntag wählen würden). Dies ist das zweitebeste Ergebnis, an erster Stelle steht „Einiges Russland“ mit 30,6 % Zustimmung.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/krizis_finansy_dollar.jpg

snanews.de: **Flaggenmarsch rechtsextremer Israelis in Ost-Jerusalem geplant – Palästinenser drohen mit Vergeltung**

Israelische Nationalisten wollen laut der Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag mit Staatsflaggen durch Ost-Jerusalem ziehen, was die Palästinenser als Provokation bezeichnet haben.

Der Marsch ist für 18.30 Uhr Ortszeit (17.30 Uhr MESZ) anberaumt. Die offizielle Route wurde nach Angaben der Agentur noch nicht bekanntgegeben.

Palästinensische Gruppen riefen wegen des Flaggenmarsches zu einem „Tag des Zorns“ in Gaza und in dem von Israel besetztem Westjordanland auf. Der palästinensische Ministerpräsident Mohammad Shtayyeh bezeichnete in einem Twitter-Beitrag in der Nacht zum Dienstag den Marsch als „Provokation und Aggression gegen unser Volk“ sowie gegen Jerusalem und seine heilige Stätten.

Der UN-Sonderkoordinator für den Nahen Osten, Tor Wennesland, rief auf Twitter alle Beteiligten dazu auf, „verantwortungsvoll zu handeln“ und „jegliche Provokationen zu vermeiden, die zu einer weiteren Runde der Konfrontation führen“ könnten.

Die israelische Grenzpolizei soll ihre Präsenz in der Jerusalemer Altstadt verstärkt haben, schreibt am Montag die „Jerusalem Post“. Außerdem sei die Alarmbereitschaft für die Luftabwehrsysteme „Iron Dome“ erhöht worden, nachdem die Hamas-Bewegung mit einer Antwort auf den Flaggenmarsch in Jerusalem gedroht habe. Im Mai seien nach ähnlichen Drohungen Raketen in Richtung Jerusalems abgefeuert worden.

Ursprünglich sollte der Marsch am 10. Mai anlässlich des sogenannten Jerusalem-Tags stattfinden, wobei die Demonstrierenden durch das muslimische Viertel in der Jerusalemer Altstadt ziehen sollten.

Die Route wurde aber geändert, um diesen Stadtteil auszuschließen. Rechte Israelis warfen dann der Regierung vor, sie habe der im Gazastreifen herrschenden Hamas nachgegeben.

Gewaltsame Eskalation

Nach Spannungen in Jerusalem am 10. Mai feuerten Kämpfer der Hamas im Gazastreifen zahlreiche Raketen in Richtung Jerusalem ab. Damit begann eine elftägige gewaltsame Auseinandersetzung, wobei nach Einschätzung der UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet 270 Palästinenser in Gaza, dem Westjordanland und Ostjerusalem ums Leben kamen, darunter 68 Kinder. In Israel sollen 13 Menschen getötet worden sein. Die Gefechte waren die schwersten zwischen der Hamas und dem israelischen Militär seit Jahren

Israel hatte den arabisch geprägten Ostteil Jerusalems 1967 erobert. Die Palästinenser sehen ihn als künftige Hauptstadt, Israel beansprucht dagegen ganz Jerusalem als Hauptstadt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/05/0e/2094767_0:4:3559:2006_1440x0_80_0_0_52d46e97b36a707cf6fd35a5a8d8f909.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 14. Juni um 9:00 Uhr 4938 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 4341 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 454 Todesfälle.

de.rt.com: "NATO hat Cyberraum zum Militärbereich erklärt, nicht wir" – Putin fordert Kooperation im Cyberspace

Im Gespräch mit dem US-Sender NBC News weist der russische Präsident Wladimir Putin die Vorwürfe über Cyberattacken auf die USA zurück. Er erinnert daran, dass Washington wiederholt Vorschläge für eine gemeinsame Bekämpfung von Bedrohungen im Cyberraum abgelehnt hat.

Cybersicherheit war eines der Hauptthemen im großen Interview des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem US-Sender NBC. Korrespondent Keir Simmons wies den russischen Präsidenten Wladimir Putin darauf hin, dass US-Behörden Russland für Hackerangriffe auf sensible staatliche und private Infrastruktur wiederholt verantwortlich machten. Der Kremlchef nannte die Anschuldigungen haltlos und forderte erneut Beweise für die Russland zugeschriebenen Cyberattacken:

"Hätten sie doch etwas auf den Tisch gelegt, damit wir es sehen und darauf reagieren können."

Ohne Belege seien die Vorwürfe eine endlose Farce, so Putin.

Der russische Präsident äußerte Unverständnis darüber, dass die USA eine Kooperation zwischen den beiden Staaten bei der Abwehr von Cyberbedrohungen ablehnen. Putin erinnerte daran, dass die Verhandlungen hierüber am Ende der zweiten Amtszeit von US-Präsident Barack Obama kurz vor dem Abschluss gestanden hatten. Der neuen Regierung unter US-Präsident Joe Biden schlug der russische Staatschef erneut eine Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit vor. "Es ist unsere große Hoffnung, dass wir diesen Prozess mit unseren US-Partnern in Gang setzen können", erklärte Putin und merkte an, dass auch in Russland die Hackerkriminalität zugenommen habe.

Der US-Korrespondent schlug vor, "im laufenden Cyberkrieg einen Waffenstillstand einzulegen". Hierauf stellte Putin klar, dass sich Russland in keinem Krieg befindet.

"Russland führt Krieg auf diesem Gebiet. Ist das so?", hakte der Reporter. "Nein, das ist nicht der Fall", antwortete Putin und verwies darauf, dass die NATO den Cyberraum als eine

Sphäre für Kampfhandlungen ansieht. Putin wörtlich:

"Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die NATO offiziell bekannt gegeben hat, dass sie den Cyberspace als eine Domäne für Kampfhandlungen betrachtet und militärische Übungen im Cyberspace durchführt. Wir selbst reden niemals darüber."

Der russische Präsident warnte auch vor einer Militarisierung des Weltraums. Seiner Meinung nach sei auch dies eine US-Initiative. An die Adresse Washingtons sagte Putin dem Korrespondenten:

"Wie wir keine Militarisierung des Weltraums wollen, so wollen wir auch keine Militarisierung im Cyberspace. Und wir haben viele Male angeboten, in diesem Bereich in Sachen Sicherheit zusammenzuarbeiten, aber Ihre Regierung weigert sich."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c7be93b480cc674c7f47f0.jpg>

Mzdnr.ru: Am 14. Juni wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 15. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 40.854 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3107 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 34.637 als gesund entlassen, es gibt 3110 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 62 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 14 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 41 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1357 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 604 mit Sauerstoffunterstützung (+23 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1891 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snews.de: **US-Kriegsschiff „Ronald Reagan“ im Südchinesischen Meer eingetroffen**

Der Flugzeugträger „Ronald Reagan“ der US-Seestreitkräfte ist am Montag im Bestand einer Angriffsgruppe in das Südchinesische Meer eingelaufen, berichtet die 7. Flotte der USA.

„Die Flugzeugträger-Angriffsgruppe der ‚Ronald Reagan‘ agiert zum ersten Mal im Südchinesischen Meer im Rahmen ihrer Stationierung im Jahr 2021“, so die Pressemitteilung.

„Die Angriffsgruppe hält an den Sicherheitsabkommen der USA mit regionalen Verbündeten und Partnern fest (...) Die Sicherstellung der freien Schifffahrt im Südchinesischen Meer ist von überaus großer Bedeutung, weil fast ein Drittel des Seehandels der Welt – etwa 3,5 Billionen Dollar –, ein Drittel des Rohöls und die Hälfte des verflüssigten Erdgases der Welt jährlich über dieses Meer transportiert werden“, heißt es in der Pressemitteilung.

China streitet seit Jahrzehnten mit mehreren Ländern der Asiatisch-Pazifischen Region um die territoriale Angehörigkeit etlicher Inseln im Südchinesischen Meer, in deren Küstenzonen bedeutende Vorräte an fossilen Energieträgern entdeckt worden sind. Es handelt sich um den

Shisha-Archipel, die Inseln Nansha und Huanyang. Auch Vietnam, Brunei, Malaysia und die Philippinen erheben in unterschiedlichem Maße Ansprüche oder wollen verhandeln. Die Situation in der Region wird häufig dadurch kompliziert, dass dieses Meeresgebiet von Kriegsschiffen der USA überquert wird, die dadurch nach Meinung des chinesischen Außenministeriums das Völkerrecht verletzen sowie die Souveränität und die Sicherheit Chinas untergraben würden.

nachmittags:

de.rt.com: Litauens Präsident: Weißrussland könnte als "russische Waffe" gegen die NATO verwendet werden

Kurz vor dem Gipfeltreffen mit US-Präsident Joe Biden und Russlands Präsident Wladimir Putin, warf Litauens Präsident Gitanas Nausėda in einem Interview Russland vor, Weißrussland als Instrument gegen den Westen zu benutzen. Gleichzeitig schickte er auch eine Drohung in Richtung Moskau ab.

Russland dehne seinen Einfluss auf Weißrussland aus und könne ihn als Druckmittel gegen die NATO-Länder einsetzen, meinte der Präsident Litauens Gitanas Nausėda in einem Interview mit CNBC am Montag.

"Wir sehen den militärischen Aufbau der russischen Streitkräfte in der Ukraine, im Kaliningrader Gebiet und natürlich sehen wir, was gerade in Weißrussland passiert. Wir sehen, dass dieses Land seine letzten Elemente der Unabhängigkeit verliert und in den Händen der Russen als Waffe ... für ausländische aggressive Aktivitäten gegenüber NATO-Verbündeten benutzt werden könnte", sagte der litauische Politiker.

Litauen teilt eine Grenze mit Weißrussland und ist seit 2004 Mitglied der NATO. Der Präsident des Landes verglich zuvor die Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland mit der Krim – in Anspielung auf die angebliche russische Annexion der Halbinsel Krim durch Abspaltung von der Ukraine im Jahr 2014.

Weißrussland stand im vergangenen Monat im internationalen Rampenlicht, als ein ziviles Flugzeug auf dem Weg von Griechenland nach Lettland in Minsk notlandete und dabei zwei Passagiere – Gegner der weißrussischen Regierung – festgenommen wurden.

Im Gespräch mit CNBC am Montag sagte Nausėda, es sei eine "alte" Idee in Russland, "Weißrussland zu schlucken".

"Putin sollte verstehen, dass jede böswillige Aktivitäten, jede militärische Aggression gegen die Nachbarn, gegen die Allianz der NATO sehr teuer würde – und die Kosten werden politische und wirtschaftliche sein", sagte Nausėda am Montag.

Die Staats- und Regierungschefs der NATO trafen sich am Montag in Brüssel zu ihrem ersten persönlichen Treffen seit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus.

Dieses Treffen wurde als ein Sprungbrett im Vorfeld eines Treffens gesehen, das zwischen Biden und Putin später in dieser Woche im schweizerischen Genf stattfinden wird.

Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis erhob noch einen weiteren Vorwurf: Weißrussland "benutze die Migration als Waffe", indem es illegale Einwanderer aus dem Irak und Syrien über die Grenze nach Litauen schickt, so äußerte sich der Außenminister des baltischen Landes.

Landsbergis sagte gegenüber der Financial Times in diesem Zusammenhang, Weißrussland führe einen "hybriden Angriff gegen Europa" durch, indem es die Migranten mit Pauschalangeboten einer staatlichen Tourismusagentur locke, welche auch die Flüge von Bagdad oder Istanbul bis zur Reise an die litauische Grenze umfassen würden.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko drohte im letzten Monat, dass sein Land einige Kontrollen an seinen Grenzen lockern könnte, da die Spannungen mit dem Westen

zunehmen. "Wir haben Drogen und Migranten gestoppt – jetzt könnt ihr sie selbst konsumieren und einfangen", warnte er während seiner Rede im weißrussischen Parlament. Landsbergis behauptete, die staatliche weißrussische Tourismusagentur Zentrkurort würde ihre Flugzeuge benutzen, um Migranten einzuschleusen, und fügte hinzu, es würden sich derzeit 1.000 Iraker und Syrer in Minsk aufhalten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c86671b480cc2aae49a120.jpeg>

de.rt.com: **Trotz freundlicher Geste: Biden und Erdoğan bleiben uneins über S-400 und Syrien**

Die Themen S-400-Raketenabwehrsystem und militärische Unterstützung der Kurden in Syrien verschlechterten in letzter Zeit die Beziehungen zwischen Ankara und Washington. Am Rande des NATO-Gipfels besprachen Biden und Erdoğan jene Streitthemen, ohne am Ende offenbar eine Einigung erzielt zu haben.

In Brüssel sind US-Präsident Joe Biden und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdoğan am Montag am Rande des NATO-Gipfels aufeinandergetroffen. Nach dem Treffen zeigten sich beide Seiten optimistisch über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Türkei und den USA, obwohl sie keine großen Durchbrüche in ihren bilateralen Beziehungen ankündigten.

Im Konflikt um das von der Türkei gekaufte russische Raketenabwehrsystem sei man zu keiner Lösung gekommen, deutete Erdoğan nach dem Treffen an. Die USA betrachten die Technologie als Bedrohung für die NATO und hatten die Türkei deshalb bereits aus ihrem F-35-Kampffjet-Programm gestrichen. Im Vorfeld des Spitzentreffens machten allerdings Gerüchte Runde, dass Erdoğan und Biden sich auf eine gemeinsame Überwachung des S-400-Systems in der Türkei einigen könnten. Dann hätten die US-Amerikaner die Kontrolle darüber, wann und wie das System genutzt würde. Die Türkei hat vor zwei Jahren ein russisches Flugabwehrraketensystem vom Typ S-400 in Empfang genommen, was scharfe Kritik der US-Regierung in Richtung Erdoğan auslöste.

Der türkische Präsident rief beim Gipfeltreffen die USA auch dazu auf, ihre Unterstützung für kurdische Kämpfer in Syrien einzustellen, die nach Angaben der Türkei mit der kurdischen Untergrundorganisation PKK vernetzt seien. Die Türkei kämpfe an "vorderster Front" gegen den Terrorismus, etwa gegen die Terrormiliz IS und die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK, betonte Erdoğan vor seinem Treffen mit Biden in Brüssel. Die USA unterstützen die syrischen Kurden der YPG-Miliz, die nicht nur in der Türkei als Unterorganisation der türkischen PKK gelten und von Ankara als Terrorgruppe eingestuft werden. Dass die USA den syrischen Kurden nach eigenen Angaben im Kampf gegen den Islamischen Staat, aber auch später große Mengen Waffen geliefert haben, sei für Erdoğan inakzeptabel. Für Washington

sind die Kurden unter anderem ein Hebel, mit dem sie Druck sowohl auf den syrischen Staat als auch auf dessen Verbündeten Russland ausüben.

Ein Bereich, in dem Erdoğan hofft, eine zentrale türkische Rolle innerhalb der NATO zu definieren, und der beim Treffen auch besprochen wurde, ist Afghanistan. Die Türkei gehört zu den stärksten Unterstützern des NATO-Truppenkontingents in Afghanistan. Auch nach dem Abzug aller westlichen Soldaten könnten türkische Einheiten weiter in der Hauptstadt Kabul stationiert bleiben und so für die Sicherheit von Diplomaten sorgen. Er erwarte diplomatische, logistische und finanzielle Unterstützung der USA, sollte die Türkei nach dem Abzug der NATO-Truppen aus dem Land weiter am Internationalen Flughafen von Kabul für Sicherheit sorgen, sagte Erdoğan beim seinem Treffen mit Biden.

Der oberste US-Kommandant im Nahen Osten, General Kenneth "Frank" McKenzie, deutete einen Tag vor dem Gipfeltreffen zwischen Biden und Erdoğan an, dass türkische Soldaten im Rahmen der NATO-Mission nach dem Abzug der NATO in Afghanistan bleiben sollen, um die Sicherheit des Flughafens Kabul zu gewährleisten, berichte der US-Sender VOA.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c8872c48fbef7a2958d7c8.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin am 15.06.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung.

In den letzten 24 Stunden wurden **sechs Verletzungen des zweiten Punkts des Maßnahmekomplexes** zur Kontrolle Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Soldaten der 128. Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Brigadekommandeurs Gontscharuk von den Positionen in den Gebieten von Wodjanoje und Pawlopol aus **Leninskoje, Sosnowskoje und Ukrainskoje** mit 120mm-Mörsern, automatischen und Antigranatwerfern beschossen und auf die Ortschaften mehr als 60 Geschosse abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus **Shabunki** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die ukrainische Seite im GZKK hat den Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, ignoriert.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner und halten streng den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung ein.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **einen Schützenpanzer und einen Schützenpanzerwagen in Wohngebieten** von Wodjanoje stationiert.

Nach vorliegenden Informationen von unseren Quellen im Pressedienst des Stabs der OOS wurde bei der Arbeit der Vertreter der ukrainischen Medien zusammen mit einer Delegation der OSZE unter Leitung der Vorsitzenden der Mission Ann Linde festgestellt, dass die Korrespondenten des Fernsehsenders „Ukraina 24“ keine Aufnahme von den Orten der Zerstörung machen wollen, die vom Kommandeur der 28. Brigade Martschenko vorgeschlagen wurden, sie beziehen sich dabei, dass diese bereits mehrfach in ihren Reportagen erschienen sind. Nach Gesprächen eines Mitarbeiters des SBU mit den ukrainischen Propagandisten wurden die Aufnahmen wiederaufgenommen, und die Arbeit der Delegation erfolgte weiter auf der vorher vorbereiteten Route, wobei Zerstörungen von ziviler Infrastruktur aus dem Jahr 2014 demonstriert wurden, die das Kommando der OOS allein ausländischen Delegationen vorstellt.

Nach uns vorliegenden Informationen von einer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sind **bei der Fahrt von Vertretern einer komplexen Kommission zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung** zu den Positionen im Gebiet von Pawlopol **zwei Soldaten** des 1. Bataillons der 128. Gebirgssturmbrigade von der geplanten Route abgekommen und **auf eine Antipersonenmine geraten**. Es wurde festgestellt, dass auf Anweisung des Brigadekommandeurs Gontscharuk das Feuer auf unsere Positionen im Gebiet von Sosnowskoje eröffnet wurde, um erwidertes Feuer hervorzurufen und dann die auf die Mine geratenen Kämpfer als Verletzte in der Folge eines Beschusses darzustellen.

Die Kommandeure der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ haben trotz der Arbeit der Vertreter der komplexen Kommission zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung **inoffizielle Anweisungen zur Vernichtung von Kameras der OSZE-Mission** in der Nähe der Kontaktlinie erhalten.

Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kommandeur der 72. mechanisierten Brigade Bogomolow ein Scharfschützenpaar in das Gebiet von Awdejewka geschickt, um die eingegangenen Anweisungen umzusetzen.

In der OOS-Zone ist weiter ein Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte festzustellen.

Am 14. Juni haben sich im Gebiet von Granitnoje vier Soldaten des 2. Bataillons der 93. Brigade geweigert, Arbeiten zur zusätzlichen technischen Ausrüstung von Positionen durchzuführen und haben den Dienort verlassen. Der Brigadekommandeur Brishinskij hat einen Abfangplan zur Suche nach den Flüchtigen ausgerufen. Zusammen mit Vertretern des militärischen Rechtsordnungsdienstes wurden die Deserteure unter Drogeneinfluss in einem Privathaus in Granitnoje entdeckt. Wegen Widerstand bei der Festnahme wurden zwei von ihnen mit schweren Körperverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Bei der Durchsuchung der privaten Sachen wurde ein Päckchen mit synthetischen Amphetaminen gefunden.

In die Einheiten der 93. Brigade wurden Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes geschickt, um das Personal auf Besitz und Konsum von Drogen zu kontrollieren.

de.rt.com: **Nawalny-Mitstreiterin Sobol zieht ihre Kandidatur für Staatsduma-Wahlen zurück**

Ljubow Sobol, eine Vertraute des russischen Aktivisten Alexei Nawalny, wird im September

doch nicht für die Staatsduma kandidieren. Sie stelle ihre Wahlkampagne ein, da sie die Sicherheit für ihre Unterstützer nicht garantieren könne, schrieb die Juristin am Montag auf Facebook.

Die Vertraute des inhaftierten Aktivisten Alexei Nawalny zieht ihre Kandidatur für die Wahl zur neuen Staatsduma im September zurück. Nach der Einstufung von Nawalnys Anti-Korruptions-Stiftung FBK als extremistisch sei sie gezwungen, ihren Wahlkampf einzustellen, erklärte Ljubow Sobol.

Sie könne die Sicherheit für ihre Unterstützer, Mitarbeiter und Spender nicht garantieren. "Der Staat hat die Daten all dieser Menschen", teilte sie auf Facebook in einer Erklärung mit. Man wisse im Kreml, dass Putin bei fairen Wahlen keine Mehrheit erlangen werde, deshalb lasse man auch keine Kandidaten zu, die ihn schlagen könnten, so Sobol. Dies sei ihrer Meinung nach auch der Grund, warum Nawalny von der Präsidentschaftswahl im Jahr 2018 ausgeschlossen wurde.

"Ich werde für die Abschaffung der restriktiven Gesetze kämpfen, einschließlich des Gesetzes, welches mir und anderen unabhängigen Kandidaten das Wahlrecht verweigert", erklärte Sobol. "Wir werden die Entscheidung, FBK als extremistische Organisation anzuerkennen, bis hinauf zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anfechten", fügte sie hinzu. Im März 2020 hatte Sobol ihre Absicht angekündigt, für die Staatsduma zu kandidieren. Ab Januar 2021 stand sie unter Hausarrest. Derzeit ist es ihr untersagt, das Haus von 20 Uhr bis 6 Uhr zu verlassen. Ihr wird vorgeworfen, bei einem nicht genehmigten Protest zur Unterstützung Alexei Nawalnys gegen Corona-Auflagen verstoßen zu haben.

Vergangene Woche entschied das Moskauer Stadtgericht, dass Nawalnys Anti-Korruptions-Stiftung FBK als extremistisch eingestuft und damit endgültig verboten wird. Der Prozess fand hinter verschlossenen Türen statt. Im Zusammenhang mit einem neuen Gesetz hat das zur Folge, dass Aktivisten der Organisation bei Wahlen künftig nicht mehr antreten dürfen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c86607b480cc2aae49a11c.jpg>

de.rt.com: **Peking zur NATO: Hört mit dem Hochspielen der "Bedrohung aus China" auf**

China bezichtigt die NATO der Verleumdung und des Versuchs, Konflikte zu schüren. Anlass hierfür ist eine gemeinsame Erklärung der NATO-Mitgliedsstaaten, in der diese Pekings Vorgehen auf der Weltbühne verurteilen.

Am Montag erklärte die NATO, dass "Chinas entschlossene Ambitionen und sein selbstbewusstes Verhalten eine systemische Herausforderung für die auf Regeln basierende internationale Ordnung und für Bereiche darstellen, die für die Sicherheit des Bündnisses relevant sind". Insbesondere wies die Allianz darauf hin, dass China sein Atomwaffenarsenal

schnell ausbaut und militärische Übungen mit Russland durchführt.

Die NATO-Staaten forderten Peking auf, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten und auf der Weltbühne "verantwortungsvoll zu handeln".

Chinas Vertretung bei der EU reagierte am Dienstag mit einer eigenen Erklärung, in der sie der US-geführten Allianz vorwarf, "Chinas friedliche Entwicklung zu missbilligen und die internationale Situation sowie seine eigene Rolle falsch einzuschätzen". Die Denkweise der NATO sei "eine Fortsetzung der Mentalität des Kalten Krieges und der Blockpolitik", hieß es in der Erklärung. Die Vertretung fügte hinzu:

"China ist einer Verteidigungspolitik verpflichtet, die defensiver Natur ist. Unser Streben nach Verteidigung und militärischer Modernisierung ist gerechtfertigt, vernünftig, offen und transparent."

Die chinesischen Diplomaten hoben hervor, dass der Verteidigungshaushalt Pekings etwa 1,3 Prozent des BIP des Landes ausmacht, was unter der NATO-Richtlinie liegt, die von den Mitgliedsstaaten verlangt, mindestens zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung auszugeben. Chinas Atomwaffenarsenal sei "keineswegs in der gleichen Liga" wie das der USA, so die Diplomaten. Peking wirft dem westlichen Block zudem vor, eine Konfrontation zu schaffen und fordert:

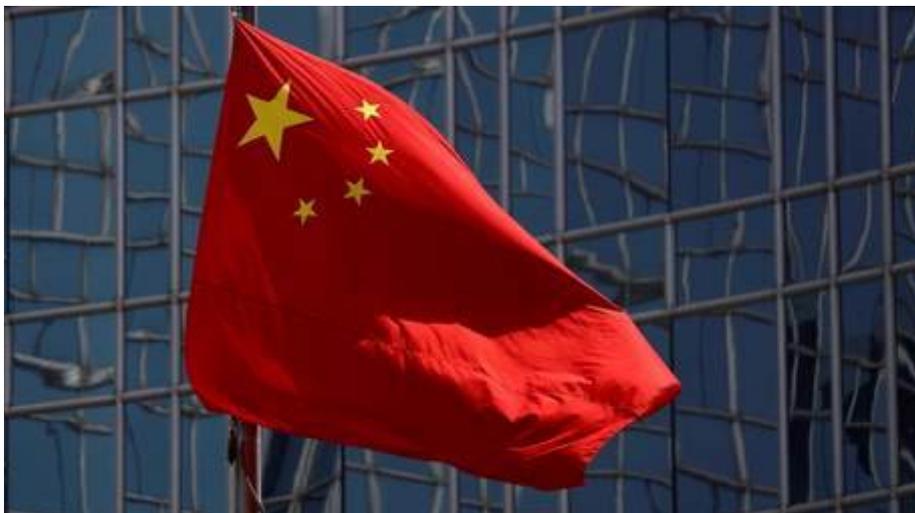
"China fordert die NATO auf, Chinas Entwicklung auf rationale Weise zu betrachten und damit aufzuhören, eine vermeintliche 'Bedrohung durch China' in irgendeiner Form hochzuspielen."

NATO-Chef Jens Stoltenberg hatte zuvor erklärt, die Allianz müsse eine gemeinsame Strategie entwickeln, um dem Aufstieg Chinas als wirtschaftlicher und militärischer Macht zu begegnen.

Nach dem EU-Gipfel in Brüssel am Montag sagte Stoltenberg im Gespräch mit Reportern, dass die NATO den Dialog und den Kontakt mit Peking im militärischen Bereich aufrechterhalten muss und dass die Verbündeten mit China in Fragen wie Rüstungskontrolle und Afghanistan zusammenarbeiten können.

Das NATO-Treffen fand direkt nach dem G7-Gipfel in Großbritannien statt, bei dem die Staats- und Regierungschefs unter anderem eine "zeitnahe, transparente, von Experten geleitete und wissenschaftlich fundierte" Untersuchung der Herkunft des Coronavirus in China forderten.

US-Präsident Joe Biden erklärte, es sei wichtig, die Antwort auf die Frage zu kennen, ob das Virus von Tieren in einer natürlichen Umgebung auf den Menschen übertragen wurde oder ob "es ein schief gelaufenes Experiment in einem Labor war". Der Politiker bezog sich damit auf die Theorie, dass das Coronavirus versehentlich aus einem Labor in Wuhan ausgetreten sei. China weist wiederholt Behauptungen zurück, dass das Virus aus einem Labor "ausgetreten" sei.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c86fc5b480cc195525750a.JPG>

abends:

de.rt.com: Biden widerspricht Selenskij: Keine Bestätigung für NATO-Beitritt der Ukraine
US-Präsident Joe Biden dementiert Behauptungen seines ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij, die NATO habe den Weg Kiews in Richtung einer Mitgliedschaft "bestätigt". Ob sich die Ukraine tatsächlich qualifiziert, bleibt Biden zufolge "abzuwarten". Während sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten in Brüssel trafen, schrieb der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am Montagnachmittag auf Twitter: "Die NATO-Führer haben bestätigt, dass die Ukraine ein Mitglied der Allianz werden wird und dass MAP ein integraler Bestandteil des Mitgliedschaftsprozesses ist."

Kiew verdiene "eine gebührende Würdigung ihrer Rolle bei der Gewährleistung der euro-atlantischen Sicherheit", fügte Selenskij hinzu.

MAP ist eine Referenz auf den Membership Action Plan, ein NATO-Programm, das im Jahr 1999 eingeführt wurde, als die von den USA geführte Allianz ihre Osterweiterung begann. Der Status der Ukraine "hängt jedoch davon ab, ob sie die Kriterien erfüllt. Tatsache ist, dass sie die Kriterien erfüllen muss, um MAP beizutreten", sagte US-Präsident Joe Biden kurz nach Selenskij's Tweet gegenüber Reportern. Er fügte hinzu:

"In dieser Frage ist es noch nicht so weit, das bleibt abzuwarten. Sie müssen noch mehr tun." Der Tweet des ukrainischen Präsidenten folgte auf die Veröffentlichung eines gemeinsamen Interviews mit Reuters, AP und AFP, in dem Selenskij erklärt hatte, er würde "wirklich gerne" einige Details und eine "Ja-oder-Nein-Antwort" Bidens zu Kiews Beitrittsaussichten erhalten. Selenskij betonte:

"Wir müssen hierfür klare Termine und Aussagen über eine Wahrscheinlichkeit für die Ukraine bekommen."

Weitaus mehr Aufmerksamkeit hat der NATO-Gipfel jedoch China und dem Klimawandel gewidmet. Generalsekretär Jens Stoltenberg erwähnte die Ukraine in seinen Ausführungen vor der Presse nach dem Gipfel nur zweimal – und beide Male nicht im Zusammenhang mit dem MAP. Stoltenberg verkündete zu Beginn seiner Ausführungen:

"Wir stehen in Solidarität mit unseren geschätzten Partnern Ukraine und Georgien. Und wir werden ihre Reformen weiter unterstützen und sie näher an die NATO heranführen."

Später merkte er noch an, dass die Allianz "die Ausbildung und den Kapazitätsaufbau für die Partner erheblich verstärken" werde – von der Ukraine und Georgien bis hin zum Irak und Jordanien.

Vergangene Woche hatten US-Vertreter schnell interveniert, als Kiew einen Bericht über ein Telefonat zwischen Selenskij und Biden veröffentlichte, in dem behauptet wurde, der US-Präsident habe einen Plan für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine gebilligt. Diesbezüglich erklärte ein Sprecher des National Security Council dem Nachrichtenportal Axios:

"Die Ukrainer haben die Aussage falsch charakterisiert und die Veröffentlichung korrigiert."

Das Thema sei nie aufgekommen, hieß es. Am Montagabend hat die Ukraine den umstrittenen Hinweis entfernt.

Im Interview mit den Nachrichtenagenturen beschwerte sich Selenskij, dass die Ukraine mehr zu einer NATO-Mitgliedschaft bereit sei als "die meisten Länder der Europäischen Union". Diejenigen in Washington und Brüssel, die mehr interne Reformen fordern, sollten sich "flexibler" zeigen, da sich die Ukraine "in einem Krieg befindet und die Demokratie in Europa verteidigt".

Das MAP-Programm wurde durch den Beitritt Tschechiens, Ungarns und Polens zur NATO im Jahr 1999 inspiriert. Alle MAP-Teilnahmeländer bis auf eines sind seitdem der Allianz beigetreten, wobei Nord-Mazedonien 21 Jahre und Montenegro 18 Jahre auf die Aufnahme warten mussten. Der einzige bisher nicht aufgenommene Anwärter ist derzeit Bosnien-

Herzegowina. Das Land wurde zwar im Jahr 2010 in das MAP eingeladen, eine NATO-Mitgliedschaft ist aber aufgrund ungelöster interner Probleme in naher Zukunft unwahrscheinlich.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c85b8a48fbef78c65a7dd2.JPG>